

Arbeitslosigkeit

Wie ist sie entstanden?

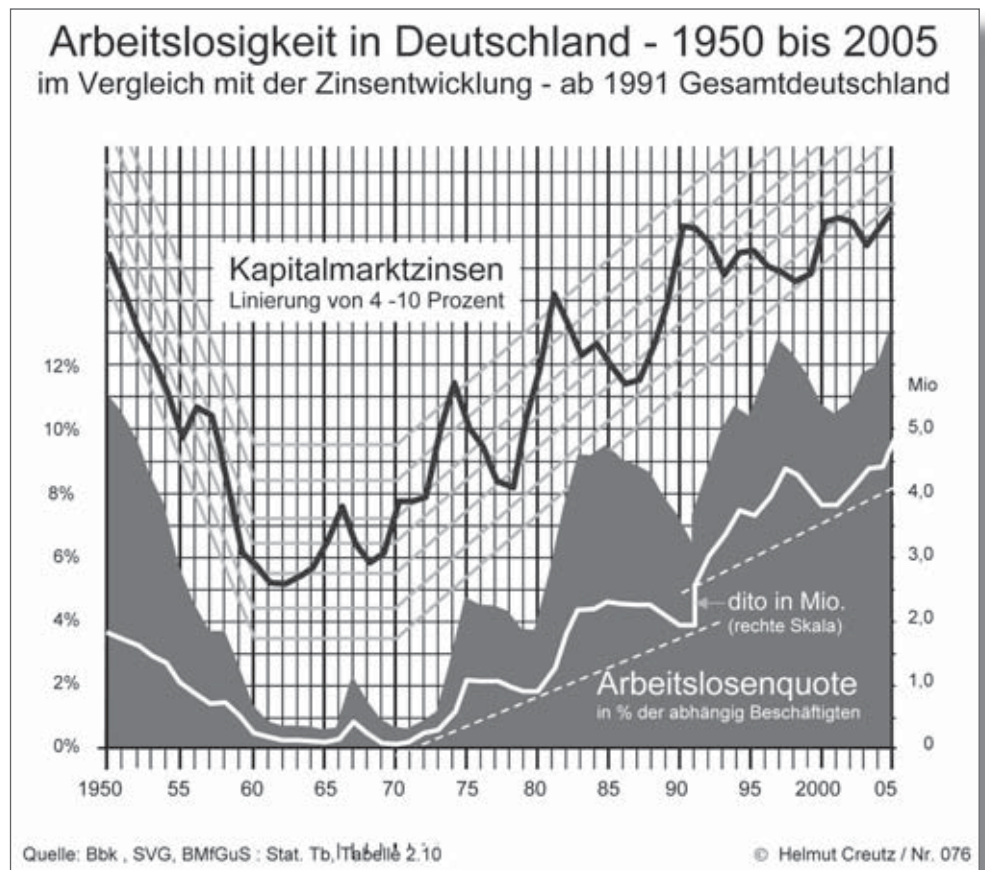
Wie ist sie zu überwinden?

Von HELMUT CREUTZ

„Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist es nicht hilfreich, möglichst viele Ansatzpunkte zu finden und alle denkbaren Rezepte auszuprobieren. Es hilft nur Ursachenanalyse. Nur wer sich bemüht herauszufinden, wie die Arbeitslosigkeit entstanden ist, kann sinnvolle Ratschläge dafür geben, wie sie zu bekämpfen ist...

In allen westlichen Ländern entsteht Arbeitslosigkeit immer im Zuge eines Abschwungs. Folglich muss man im ersten Schritt die Faktoren umkehren, die den Abschwung ausgelöst haben. Im weltweiten Maßstab geht es hierbei fast ausschließlich um den Konflikt zwischen Geld- und Lohnpolitik und damit um die Zinsentwicklung.“

Heiner Flasbeck u. Wolfgang Scheremet,
DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung),
DIE ZEIT, 5. Mai 1995



Darstellung 1

Wahrscheinlich ist kein Begriff in den letzten Jahrzehnten so strapaziert worden, wie der Begriff Arbeitslosigkeit. Und trotzdem wird nur selten der Frage nachgegangen, wie und warum es eigentlich zu dieser Problemgröße gekommen ist. In der **Darstellung 1** ist darum die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Deutschland über den gesamten Zeitraum von 1950 bis 2005 wiedergegeben, und zwar sowohl mit ihrer Quote in Prozent der abhängig Beschäftigten (dunkle Fläche), als auch mit ihren Zahlen (helle Kurve).

Vergleicht man die Entwicklungen über den gesamten Zeitraum hinweg, dann ist die Anzahl der Arbeitslosen von 1950 bis 2005 von 1,8 auf rund 5 Millionen angestiegen. Die Arbeitslosenquote lag dagegen 2005, mit rund 12%, nur geringfügig über dem Stand von 1950. Diese Unterschiedlichkeit zwischen absoluten Zahlen und Quoten resultiert vor allem aus den unterschiedlichen Zunahmen der Bevölkerung und der abhängig Beschäftigten. So nahm die Bevölkerung in den 55 Jahren von 50 auf 82 Millionen und damit um 64% zu, die abhängig Beschäftigten jedoch von 14 auf 32,4 Millionen und damit um 130%. Außerdem ging die Anzahl der Selbständigen von 6,4 auf 4,3 Millionen zurück.

Betrachtet man nun die Veränderungen der Arbeitslosigkeit, dann zeichnen sich langfristig drei deutliche Phasen ab: Eine erste Phase des steilen Abbaus der Arbeitslosigkeit von 1,8 Millionen auf unter 200 Tausend bis Anfang der 1960er Jahre, dann eine Phase der Vollbeschäftigung bis Anfang der

1970er Jahre und anschließend eine lange Wiederanstiegsphase bis in unsere Tage.

Ursächlich für den schnellen Abbau der Arbeitslosigkeit in den ersten zehn bis fünfzehn Jahren war nicht allein der wirtschaftliche Aufschwung nach der Währungsreform, sondern vor allem auch die deutliche Reduzierung der Arbeitszeit von 48 auf 40 Wochenstunden. Durch diese fast schon radikale Kürzung, die z.B. die IG Metall innerhalb von zehn Jahren tariflich durchsetzte, konnten nicht nur die Ströme der Zuwanderungen aus dem Osten und der heimkehrenden Kriegsgefangenen in den Arbeitsmarkt integriert werden, sondern es kam sogar zu einem eklatanten Mangel an Arbeitskräften, der zu einer Anwerbung von rund zwei Millionen so genannter Gastarbeiter aus dem Ausland führte!

Wie kam es zu dem Wiederanstieg der Arbeitslosigkeit nach 1970?

Geht man den Ursachen – wie von den Ökonomen Flasbeck und Scheremet empfohlen – auch bei dem Wiederanstieg der Arbeitslosigkeit nach, dann stellt sich heraus, dass auch dabei die Arbeitszeit eine entscheidende Rolle spielt. Denn ähnlich wie ihre radikale Reduzierung um acht Stunden in der ersten Phase zu einem Arbeitskräfte-Mangel führte, so führte die anschließende – ähnlich radikale – Festschreibung der erreichten 40-Stunden-Woche über rund zwanzig Jahre hinweg, zwangsläufig zu einem Arbeitskräfte-Über- » » »

schuss! Und wie wir wissen, wurde diese 40-Stunden-Woche auch bis zum Ende des Jahrhunderts nur noch um 1 ½ Stunden gekürzt!

Oder anders betrachtet: Während die Gewerkschaften in den ersten zwei Jahrzehnten nach dem Krieg, den technologischen Fortschritt und die zunehmende Produktivität auf kürzere Arbeitszeiten und steigende Löhne verteilten, setzten sie in den nachfolgenden Jahrzehnten fast nur noch auf höhere Löhne! Ganz gleich ob das zur Abbremsung der Zuwanderungen aus dem Ausland geschah oder im Hinblick auf den Tatbestand, dass in den vorausgegangenen Vollbeschäftigungszeiten die Arbeitnehmer durchweg über Tarif bezahlt und damit von den Gewerkschaften unabhängiger wurden: Diese lange Einfrierung der erreichten 40-Stunden musste zwangsläufig, auf Grund der ständig weiter steigenden Produktivität, zu diesem Anstieg an überschüssigen Arbeitskräften führen, der sich als stetig ansteigender Arbeitslosen-Sockel niederschlug.

Dieser langfristige gleichmäßige Anstieg ist in der **Darstellung 1** durch die gestrichelten Trendlinien deutlich gemacht, ebenfalls der vereinigungsbedingte Versprung bei der Zunahme der Arbeitslosigkeit.

Wie ebenfalls ersichtlich, satteln sich auf diesen langfristig ansteigenden Sockelanstieg mittelfristig ständig größer werdende „Ausreißer“ auf. Geht man auch hier den Ursachen nach, wird man bei einem Vergleich mit der darüber eingezeichneten Kurve der Kapitalmarktzinsen fündig. Diese enge Beziehung wird besonders gut erkennbar, wenn man – wie in **Darstellung 1** geschehen – den Verlauf der Zinsdarstellung parallel zu den drei Phasen der Arbeitslosigkeitsentwicklung verschiebt.

Wie sich aus dem Vergleich der beiden Kurven entnehmen lässt, folgen die Schwankungen der Arbeitslosigkeit den Zinsschwankungen mit einer zeitlichen Verzögerung von etwa ein bis zwei Jahren. Schon der geringe Zinssatzanstieg Mitte der 1950er Jahre, machte sich zwei Jahre später als Unterbrechung des steilen Abbaus der Arbeitslosigkeit bemerkbar. Noch deutlicher wirkte sich der Zinssatzanstieg Mitte der 1960er Jahre aus, der kurzfristig die Arbeitslosenzahlen von 160 auf 460 Tausend verdreifachte. Dieser aus heutiger Sicht fast belanglose Anstieg führte damals schon zu einer ersten Wirtschaftskrise, die man jedoch mit hohen

Sonderabschreibungen für Unternehmen und Selbständige und anderen Konjunkturmaßnahmen rasch überwinden konnte.

Noch deutlicher heben sich die Folgen der anschließenden drei Hochzinsphasen in den nachfolgenden Jahrzehnten ab. Dabei lösten die Auswirkungen des ersten großen Zinsanstiegs Anfang der 1980er Jahre, im Gegensatz zu den späteren Anstiegen, noch eine intensivere Befassung mit dem Thema Zins in den Medien aus, verstärkt noch durch die Zahlungsunfähigkeiten einiger Länder, wie Polen oder Mexiko. Selbst Willy Brandt sprach damals von den „mörderischen Hochzinsen“ und im Bundestag wurde zum ersten Mal darüber diskutiert, dass die Zinserträge einiger Großunternehmen aus ihren Geldanlagen höher waren als die in der Produktion erwirtschafteten Gewinne, während auf der anderen Seite unzählige kleinere Unternehmen, aber auch der große AEG-Konzern, an den plötzlichen Anstiegen der Schuldzinsen zu Grunde gingen. Leider verlor man diese auslösende Ursache, also die Zinssatz- und Zinslastanstiege, bei den weiteren Krisen aus dem Auge.

Warum führen hohe Zinsen zu diesen explosionsartigen Anstiegen der Arbeitslosigkeit?

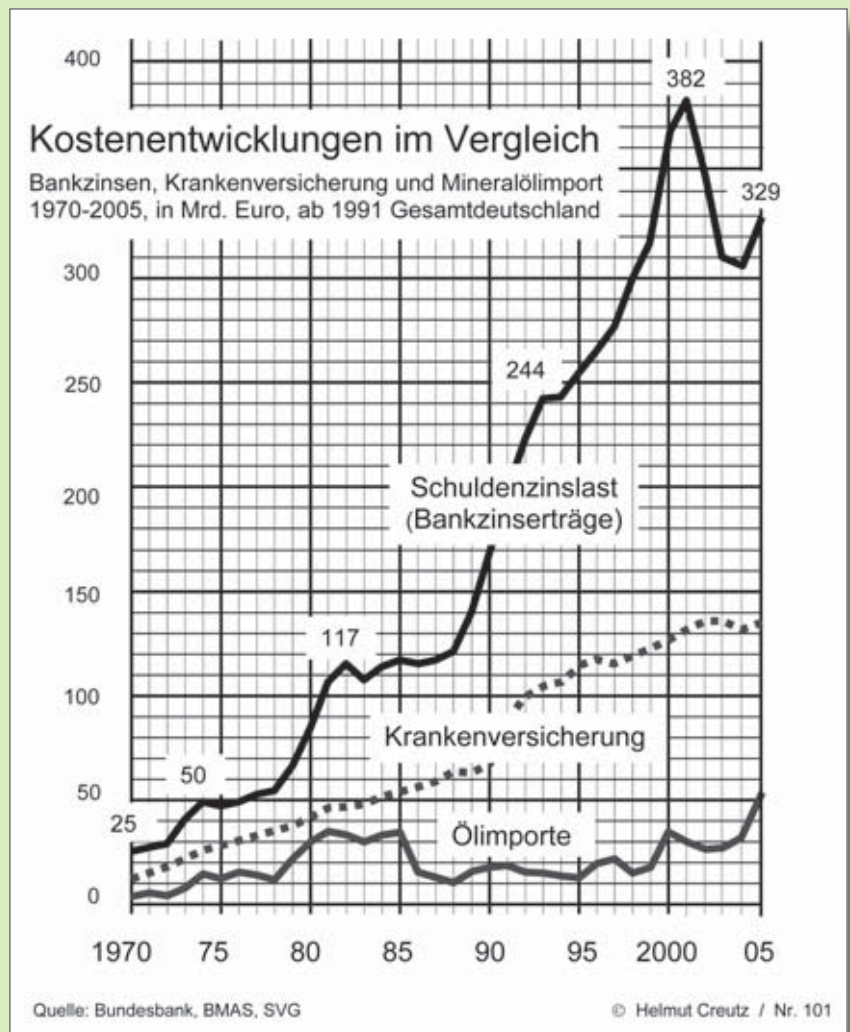
Während sich Unternehmen mit großen Überschüssen und die reiche Minderheit der Privathaushalte über hohe Zinssätze freuen, sind sie für das Gros der Unternehmen, die mit einer immer kleineren Eigenkapital-Decke arbeiten, ein großes Handicap. Sie alle müssen in den Hochzinszeiten für die Bedienung der Kredite plötzlich steigende Beträge aufwenden, die sie nicht schnell genug – und inzwischen oft gar nicht mehr – über die Preise auf die Endverbraucher weiterwälzen können. So sind alleine schon die Zinszahlungen an die Banken, laut Zahlen der Bundesbank, in der Hochzinsphase 1971-74 von 27 auf 50 Mrd. Euro und damit aufs Doppelte gestiegen, ebenfalls in der nächsten Hochzinsphase 1978-81 von 57 auf 110 Mrd.! Auch in der dritten Hochzinsphase, 1987-91, verdoppelte sich innerhalb dreier Jahre die Belastung fast von 119 auf 202 Mrd. Euro!

Als Folge dieser plötzlichen Zinssatzanstiege und -lasten werden vor allem die immer höher verschuldeten Unternehmen zu radikalen Einsparungen gezwungen. Gleichgültig ob

sie dabei Investitionen zurückstellen oder die Lohnkosten reduzieren: In beiden Fällen steigt die Arbeitslosigkeit, was wiederum über sinkende Kaufkraft die Krise noch verstärkt und als Folge den Staat in höhere Verschuldungen treibt.

Diese sich wiederholenden Zinssatzanstiege sind auch die Auslöser der Wirtschaftszyklen, deren Tiefpunkte jeweils mit dem Gipfel der Zinsen zusammen fallen. Und wie sich die Wirtschaftsdaten bei sinkenden Zinsen mit Verzögerung wieder erholen, so zeichnen sich diese Entlastungen auch bei den stagnierenden bzw. wieder sinkenden Arbeitslosenzahlen ab. Das heißt, fast alle konjunkturellen Schwankungen im Wirtschaftsgeschehen, mit ihren vielseitigen Auswirkungen auf Wachstumsraten und Beschäftigung, lassen sich immer wieder auf die gegenläufigen Schwankungen der Zinskurven zurückführen. Das gilt auch für die Anstiege und Höhepunkte der Firmenpleiten, die ebenfalls den Zinsentwicklungen folgen, auch wenn dies mit deutlicherer Verzögerung der Fall ist. Denn die Unternehmen versuchen erst einmal mit allen Mitteln die Krisenphase doch noch zu überleben!

Zweifellos sind die steilen Anstiege der Arbeitslosigkeit in den 1970er und 1980er Jahren auch durch die damaligen Ölpreiserhöhungen beeinflusst worden. Die damit gestiegenen Belastungen für die Wirtschaft lagen jedoch nur bei einem Bruchteil jener Größen, die sich bei den Erhöhungen der Zinssätze ergeben haben. Dies geht aus **Darstellung 2** hervor, in der die Entwicklungen beider Größen von 1970 bis 2005 eingetragen sind, zusammen mit der Ausgabenentwicklung für die gesetzliche Krankenversicherung. » » »



Darstellung 2

Es werden die Ausgaben für Bankzinsen, Krankenversicherung und die Mineralölimporte verglichen, alle in Mrd. Euro. Wie daraus hervorgeht, haben sich die Importausgaben durchweg um die Größe von 20 Mrd. bewegt und sind erst im Jahr 2005 etwas über diesen Durchschnitt angestiegen.

Die Ausgaben für die Krankenversicherung nahmen dagegen, sieht man von dem vereinigungsbedingten Versprung ab, relativ kontinuierlich von 13 auf 135 Mrd. Euro zu und damit auf rund das Zehnfache, in den letzten zehn Jahren schwankend um 6% des BIP. Die dritte Entwicklung, die Zinszahlungen der gesamten Volkswirtschaft an die Banken (zu denen ja noch die Zinszahlungen an anderen Finanzinstituten und für das schuldenfreie Sachkapital hinzukommen!) stiegen dagegen von 25 Mrd. 1970 bis 2001 auf 382 Mrd. und damit auf das Fünfzehnfache, während das BIP in der gleichen Zeit nur auf das 6,3-fache zunahm.

Beachtet man, welche Schlagzeilen die Anstiege der Mineralöl-Importausgaben jeweils machen und die Entwicklungen der Krankversicherungskosten über viele Jahre hinweg das Thema in Politik und Medien sind, ist es erstaunlich, welche geringe Beachtung die überproportionale Entwicklung der volkswirtschaftlichen Zinslasten findet. Dabei steigen diese in jeder Hochzinsphase fast explosiv in wenigen Jahren jeweils etwa auf das Doppelte an und lösen jedes Mal, mit leichter Verzögerung, auch Verdopplungen der Arbeitslosenzahlen und der Firmenpleiten aus!



Auf Grund der ständig größer werdenden Geldvermögens- und Verschuldungsbestände, die vielmals rascher wachsen als die Wirtschaftsleistung, schlagen inzwischen selbst geringe Zinssatzerhöhungen immer deutlicher zu Buche. So ließ bereits der geringe Anstieg der Zinssätze von 1998 bis 2001 um nur 1,5%, die Bankzinserträge von 306 auf 382 Mrd. Euro in die Höhe schnellen. Allein diese Erhöhung von 76 Mrd. entspricht etwa den Bruttolöhnen von drei Millionen Arbeitnehmern, die gesamten Bankzinserträge sogar dem Lohn von rund 15 Millionen! Und alleine diese bankbezogenen Zinserträge, von denen dann wiederum 303 Mrd. an die Sparer fließen, entsprachen 2001 bereits 62% der im gleichen Jahr in Deutschland gezahlten Nettolöhne, oder 75% der gesamten Steuereinnahmen bzw. 140% des Bundeshaushalts!

Wie lässt sich die Arbeitslosigkeits-Problematik überwinden?

Wenn die Ursache für den ständigen Anstieg des Arbeitslosensockels, der sich seit Beginn der 1970er Jahre abzeichnet, eine ungenügende Arbeitszeitreduzierung ist, dann lässt sich dieses Problem durch Arbeitszeitverkürzungen relativ leicht beheben.

Selbstverständlich wäre eine solche Arbeitszeit-Umverteilung auf mehr Menschen nur in Verbindung mit einer entsprechenden Umverteilung der Löhne zu realisieren. Netto gerechnet würde dies aber für die Arbeit-Besitzenden nur mit geringen Beträgen zu Buche schlagen. Denn in etwa gleicher Höhe, wie bei kürzerer Arbeitszeit die Löhne der einzelnen Arbeitenden sinken, sinken auch die Kosten für den Unterhalt der bisherigen Arbeitslosen, die immer – direkt oder indirekt – von den Arbeitenden getragen werden müssen.

Wenn sich also, bei einer Arbeitslosenquote von elf Prozent, neun Arbeitende mit dem zehnten (den sie heute unterstützen müssen!) den Lohn direkt teilen, kommt es für diese neun sogar zu einem Gewinn, nämlich an freier Zeit! Denn die 40

Stunden in der Woche, die heute dem Arbeitslosen gewissermaßen als Dauer-Freizeit aufgezwungen werden, mit oft nachteiligen und von der Allgemeinheit zu tragenden Folgen, kommen nach der Umverteilung letztlich allen zehn Beteiligten als eine Arbeitszeitverkürzung von 40 auf 36 Stunden zugute!

Auch bei den mittelfristigen durch Zinsanstiege bedingten Ausreißern der Arbeitslosigkeitsentwicklung, denen jedes Mal Einbrüche und damit Tiefpunkte der für viele unerklärlichen Konjunkturzyklen gegenüberstehen, muss man an den Ursachen ansetzen. Wie aus der **Darstellung 3** hervorgeht, hängen diese Zinssatzanstiege und -abstiege fast ausschließlich mit den Veränderungen der Inflation zusammen. Deshalb müssten die Notenbanken in die Pflicht genommen werden, notfalls – wie in Neuseeland – mit persönlichen Konsequenzen für die Verantwortlichen.

Doch auch wenn die Problemfelder der Arbeitszeit sowie der Inflations- und Zinsanstiege abgebaut würden, bleibt immer noch ein entscheidendes Problem übrig, nämlich das Problem der heute ständig sinkenden Anteile, die den Arbeit leistenden aus dem Wirtschaftskuchen verbleiben!

Die Ursache dieser immer problematischer werdenden Kürzungen des Lohnanteils sind die ständig steigenden Ansprüche des Kapitals! Denn diese nehmen, bedingt vor allem durch das Überwachstum der Geldvermögen und der mit diesen wachsenden Schulden, schon seit den 1950er Jahren rascher zu als die Wirtschaftsleistung! Und da die daraus resultierenden wachsenden Zinsansprüche bei der Verteilung des Leistungskuchens zuerst bedient werden müssen, bleibt zwangsläufig für die Arbeitenden immer weniger übrig!

Theoretisch ließe sich dieses Verteilungsproblem durch Steigerung der Wirtschaftsleistung lösen, weshalb auch alle in der Politik Aktiven, bis hin zu den Grünen und den Gewerkschaften, immer wieder nach Wachstum rufen! Allerdings müssten für diese Art der Lösung die Steigerungsraten der

„Denn die heutige prekäre Situation in unserer Gesellschaft ist nicht die Folge leistungsloser Ansprüche an den Sozialstaat, sondern die der ständig zunehmenden leistungslosen Kapitalansprüche an das Sozialprodukt!“

Helmut Creutz

Wirtschaft zumindest auf die der Geldvermögen und Zinsansprüche angehoben werden! Das aber war allenfalls in den ersten Jahren des Wirtschaftswunders einmal möglich und wäre, wenn es heute möglich würde, angesichts des Sättigungsgrades in unserer Volkswirtschaft und der ökologischen Grenzen unverantwortlich.

Konsequenzen:

Statt der Anhebung des Wirtschaftswachstums müssten die Zinssätze auf die Quoten der heute noch möglichen Wachstumsraten zurückgeführt werden. Damit würden sich auch die Zins- und Zinseszinsseffekte verringern, die zu den Eskalationen der Geldvermögen und Schulden führen und damit die Situation laufend verschärfen! Diese Rückführung der Zinssätze wäre wiederum nur zu erreichen, wenn die Zinsen, als Knappheitspreis und -gewinn des Geldes in der Wirtschaft, den Kräften des Marktes genau so unterstellt würden wie die Knappheitspreise und -gewinne auf den Gütermärkten, die bekanntlich mit den Sättigungsentwicklungen gegen Null absinken.

Leiten wir diese Schritte zur Abbremsung der Geld- und Schuldeneskalationen nicht ein und lassen die Fehlstrukturen des heutigen Geldsystems bestehen, wird es zu einem unsanften Erwachen kommen. Auch ein Mehr an Steuererechtigkeit kann dann den sozialen Frieden in unserem Land nicht retten. Denn die heutige prekäre Situation in unserer Gesellschaft ist – und das gilt ganz besonders für den Arbeitsmarkt – nicht die Folge leistungsloser Ansprüche an den Sozialstaat, sondern die der ständig zunehmenden leistungslosen Kapitalansprüche an das Sozialprodukt!

« « «



Darstellung 3

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit ist hier noch einmal als Quote wiedergegeben, jedoch nicht bezogen auf die Anzahl der abhängig Beschäftigten, sondern auf die Anzahl der gesamten Erwerbstätigen. Weil sich die Arbeitslosigkeit auf die Arbeitnehmer konzentriert, wirken sich hier die zinsbedingten Ausreißer oberhalb des Arbeitslosensockels (gestrichelte Linie) moderater aus.

Der Vergleich zwischen den Kapitalmarktinzinsen und der Inflation zeigt die Wechselwirkung zwischen beiden Größen, wobei der Kapitalmarkt manchmal schon auf Inflations-Erwartungen reagiert. Besonders gut erkennbar ist auch die Wechselwirkung zwischen den Zins- und Inflationsschwankungen und den Firmeninsolvenzen, die – wie erkennbar – sich erst mit Verzögerung nach der Hochzinsphase wieder erholen.